



Liebe Freundinnen und Freunde,

mit diesem Newsletter möchte ich Euch wieder über meine Arbeit im Bundestag sowie über aktuelle Geschehnisse in der Linksfraktion sowie in Bayern informieren. Weitergehende Informationen gibt es auch unter www.harald-weinberg.de. Für Rückfragen und Anmerkungen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit solidarischen Grüßen,

Harald Weinberg

- Mitglied des Deutschen Bundestages Fraktion DIE LINKE. Obmann im Ausschuss für Gesundheit, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit -

Inhalt:

1.	Aktuelles aus Bayern	2
1.1	Nürnberg: Neujahrsempfang mit Gesine Löttsch.....	2
1.2	Dobrindt (CSU) will mit Forderung nach Verbot der Linken soziale Proteste kriminalisieren	2
1.3	Dossier „Analyse der Gegenkräfte im Landesverband Bayern“	2
1.4	CSU rechtsextremistisch?	3
2.	Aktuelles aus der Fraktion DIE LINKE	3
2.1	Fraktionsklausur: Fünf provokante Thesen von Hans-Ulrich Jörges	3
2.2	PIP-Skandal muss endlich öffentlich diskutiert werden	3
2.3	Ärzttekammer ist gesundheits- und sozialpolitisch ein schlechter Ratgeber	4
2.4	Unterstützt die LINKE die Diktatur in Syrien?.....	4
2.5	Bespitzelung von LINKEN-Abgeordneten: Wes Geistes Kind?.....	4
3.	Sonstiges.....	5
3.1	Erfolgreicher Bürgerentscheid gegen Krankenhausprivatisierung in Dresden	5
3.2	PPP ade. 12 Jahre sind genug!	5
3.3	Massaker an kurdischen Zivilisten	6
4.	Termine.....	6
4.1	BLOCK DRESDEN 2012 am 13. und 18. Februar.....	6
4.2	Alles auf eine Karte: Sicherheit für Gesundheitsdaten?.....	7
4.3	Politischer Aschermittwoch der LINKEN Bayern	7
4.4	Berlinfahrten der bayerischen Abgeordnetengemeinschaft.....	7
4.5	Harald auf Facebook.....	8
5.	Kontakt zu Haralds Büros	8

1. Aktuelles aus Bayern

1.1 Nürnberg: Neujahrsempfang mit Gesine Löttsch

Zu ihrem diesjährigen Neujahrsempfang am 27. Januar konnte Die Linke Nürnberg-Fürth die Parteivorsitzende Gesine Löttsch als Hauptrednerin begrüßen. Im überfüllten Saal "Burgblick" des Nürnberger Gewerkschaftshauses ging sie (nach Grußworten von MdB Harald Weinberg und den StadträtInnen Eylem Gün und Ulrich Schönweiß) auf aktuelle Themen ein. Dabei prangerte sie u.a. das aktuelle Verhalten des Verfassungsschutzes an, der mit der Überwachung von LINKE-Abgeordneten parteipolitisch instrumentalisiert wird, während er bei der Bekämpfung rechter Terroranschläge kläglich versagt hat. Unter großem Beifall ging sie auf die Alternativen der LINKEN zum Kurs von Angela Merkel in der Euro-Krise ein und forderte das Ende von prekärer Beschäftigung und einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn.



→ [Bilder vom Neujahrsempfang ansehen](#)

Vor dem Empfang hat Gesine auf einer Kundgebung anlässlich des Holocaust-Gedenktages gesprochen ([Artikel in den Fürther Nachrichten](#)). Die *Nürnberger Nachrichten* haben mit ihr ein Interview zur Bespitzelung der Partei durch den Verfassungsschutz geführt: [„Überwachung ist in einer Demokratie inakzeptabel“](#).

1.2 Dobrindt (CSU) will mit Forderung nach Verbot der Linken soziale Proteste kriminalisieren (Pressemitteilung vom 31. Januar)

MdB Weinberg (DIE LINKE) fordert von Dobrindt (CSU) Distanzierung von Rechtsextremisten in der CSU.

Vor kurzem wurde bekannt, dass der bayerische Verfassungsschutz auf Anfragen der Sonderkommission zur Aufklärung der Morde an türkischen Mitbürgern in Bayern überhaupt nicht reagiert hatte. Für die SoKo gab es schon damals genug Indizien, nach den Mördern auch in der Neonaziszene zu suchen. Vielmehr glänzten die Bayern-Schlapphüte damit, dass sie das antifaschistische Dokumentationsprojekt AIDA in ihrem sog. Verfassungsschutzbericht als "linksextremistisch" denunzierten. [...]

„Wer in seiner Geschichte, das Grundgesetz bei der entscheidenden Abstimmung abgelehnt hat, sollte bei der Frage nach der Verfassungsfeindlichkeit, ganz ruhig sein. Und wer die bayerische Verfassung bei der Privatisierung der Energieversorgung einfach ignoriert, muss sich schon fragen lassen, wie sein Verhältnis zur Verfassung ist.“ stellt Weinberg zu Dobrindts Verbotsforderung fest. [WEITERLESEN](#)

→ Zur Verharmlosung des Rechtsextremismus durch bayerische Behörden möchte ich außerdem einen *taz*-Artikel vom 23.01. empfehlen: [„Wenn Nazis toleriert werden“](#)

1.3 Dossier „Analyse der Gegenkräfte im Landesverband Bayern“

Am 21. Januar berichteten Focus und Süddeutsche Zeitung das erste Mal von dem Dossier „Analyse der Gegenkräfte im Landesverband Bayern“. Bisher wissen wir nicht, wer es verfasst hat. Aber von wem auch immer dieses „Dossier“ stammt: Es ist skandalös und in seiner Wirkung schadet es allen im Landesverband. Wir sollten es als Anlass nehmen, inne zu halten und einen anderen, respektvolleren Umgang miteinander zu versuchen. Diesen Weg schlägt auch der Landesvorstand in einer Erklärung vom 29. Januar vor: [ERKLÄRUNG LESEN](#)

1.4 CSU rechtsextremistisch? (Pressemitteilung vom 18. Januar)



MdB Harald Weinberg (DIE LINKE) wirft MdB Hans-Peter Uhl (CSU) rechte Gesinnung und Übernahme rechter Argumente vor.

„CSU-Rechtsaußen Hans-Peter Uhl (MdB) meinte auf einer Podiumsdiskussion zur Einwanderungspolitik: „Eine gute und vernünftige Einwanderungspolitik muss zum Ziel haben, dass keine Kampftruppen am rechten Rand entstehen.“ Für den Nürnberger MdB Weinberg ist dieser Aussage eines CSU MdB sehr aufschlussreich: Erstens wird damit eine seltsame Logik deutlich: „Wären die Migranten nicht nach Deutschland gekommen, dann wären sie auch keine Opfer des Nazi-Terrors geworden“. [WEITERLESEN](#)

2. Aktuelles aus der Fraktion DIE LINKE

2.1 Fraktionsklausur: Fünf provokante Thesen von Hans-Ulrich Jörges

Auf der Klausur der Linksfraktion im Januar 2012 hatten wir Hans-Ulrich Jörges, scharfgeistiger und -züngiger Kommentator des Stern, eingeladen, um von ihm eine Außensicht auf DIE LINKE zu erfahren. Jörges erfüllte die Erwartungen und formulierte fünf provokante Thesen, denen man nicht in jeder Facette zustimmen muss, die aber sicher bedenkenswert sind. Nachfolgend möchte ich sie aus meinem Gedächtnis darstellen:

1. These: Die LINKE ist unsolidarisch

Gemeint ist die mangelnde Solidarität nach innen, die in einem eklatanten Widerspruch steht zum eigenen politischen Anspruch, DIE Partei der Solidarität zu sein. Die LINKE habe im Vergleich zu ihrer Größe eine große personelle Breite und viele gute Politiker_innen, nutze dies aber nicht zum produktiven Meinungsstreit und zur Darstellung einer linken Pluralität. Stattdessen führe diese Breite ständig zu Machkämpfen und damit zu einer Verengung der Partei auf einige wenige. Damit bleibe die LINKE weit hinter ihren Möglichkeiten zurück. [WEITERLESEN](#)

2.2 PIP-Skandal muss endlich öffentlich diskutiert werden (Pressemitteilung vom 24.01.2012)

Kathrin Vogler, Harald Weinberg

„Angesichts der immer wiederkehrenden gesundheitsbedrohenden Vorfälle im PIP-Skandal wäre eine Anhörung oder ein Fachgespräch unter Beteiligung der Öffentlichkeit heute im Gesundheitsausschuss dringend erforderlich gewesen“, so Harald Weinberg, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Gesundheitsausschuss, anlässlich der Ablehnung einer entsprechenden Forderung der Fraktion DIE LINKE. Weinberg weiter:

„Für die betroffenen Frauen müssen wir die Finanzierung der notwendigen Folgebehandlungen und Entschädigungsfragen schnell klären. Die Geschädigten haben das Recht auf eine transparente Diskussion statt einer Hinterzimmerpolitik.“

Kathrin Vogler, stellvertretende Vorsitzende im Gesundheitsausschuss, ergänzt:

„Es ist dringend nötig angesichts des Skandals um minderwertige Brustimplantate über die Sicherheit von Medizinprodukten mit allen Beteiligten zu reden und Fragen der Zulassung, Kontrolle und Haftung gezielt anzugehen. DIE LINKE wird in Kürze einen Antrag in den Bundestag einbringen, der sich mit dieser Thematik beschäftigt.“

2.3 Ärztekammer ist gesundheits- und sozialpolitisch ein schlechter Ratgeber (Pressemitteilung vom 11.01.2011)

„Ärztinnen und Ärzte in Deutschland kann man schätzen als hervorragende Mediziner, aber gesundheits- und sozialpolitisch ist die Bundesärztekammer ein schlechter Ratgeber“, kommentiert Harald Weinberg, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Gesundheitsausschuss, die Äußerungen des Ärztekammer-Chefs. Weinberg weiter:

„Herr Montgomery hat ja in einem Punkt recht: Wir brauchen eine dauerhaft ausreichende Finanzierung der Gesetzlichen Krankenkassen. Wer aber wie er den 'zaghaften' Einstieg der Regierungskoalition in die Kopfpause beklagt, hat keine solidarische und gerechte Finanzierung im Sinn. So bleibt es eben reichlich nebulös, wenn Frank Ulrich Montgomery fordert, andere Einnahmen als Löhne und Gehälter heranzuziehen.“

[WEITERLESEN](#)

2.4 Unterstützt die LINKE die Diktatur in Syrien?

In der Frage von Krieg und Frieden kennt die Bigotterie und Verlogenheit des bürgerlichen Lagers keine Grenzen. Nach der Veröffentlichung des [Aufrufs „Kriegsvorbereitungen stoppen! Embargos beenden! Solidarität mit den Völkern Irans und Syriens!“](#), der auch von sechs Abgeordneten der Linksfraktion unterzeichnet wurde, fielen Medien und Politik über die LINKE her: „Linke Solidarität mit Schlächter Assad“ (Spiegel Online); „An der Seite des Mörders Assad“ (Süddeutsche Zeitung); die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.



Bei aller Notwendigkeit, die Kriegsvorbereitungen des Westens öffentlich anzuprangern, hat der Aufruf tatsächlich eine Schwäche: er schweigt über die Gewalt und die Menschenrechtsverletzungen dieser Regime. Daraus aber eine Unterstützung für die diktatorischen Regime im Iran und in Syrien durch die LINKE zu machen, ist eine bewusste und intrigante Lüge. In ihrer [Erklärung „Solidarität mit der Revolution – Nein zu westlicher Intervention“](#) räumt meine Kollegin Christine Buchholz diese „Mißverständnisse“ eindeutig aus.

Auch die schwarz-gelbe Koalition hat sich in puncto scheinheiliger Empörung nicht lumpen lassen und im Bundestag für eine Aktuelle Stunde mit dem Titel „Solidarität von LINKEN-Abgeordneten mit dem syrischen Präsidenten Assad“ gesorgt. Ulrich Maurer hat in seiner [Rede „Heuchler von Union und FDP kollaborieren mit dem syrischen Assad-Regime“](#) die richtigen Worte dazu gefunden: Es ist die LINKE, die die syrische Oppositionsbewegung unterstützt, während die deutsche Regierung Waffen, Infrastruktur und politische Legitimation für die Diktatur in Syrien liefert!

Die Vorwürfe gegen die LINKE sind falsch. Wer sie erhebt – ob Politiker oder Journalisten – interessiert sich nicht vorrangig für die Fragen von Krieg oder Frieden, Diktatur oder Demokratie in den Ländern dieser Region. Es geht um einen Angriff auf die Partei die LINKE, ihre Diffamierung und Spaltung. Wir werden uns deshalb aber nicht davon abbringen lassen, weiter gegen Krieg und Kriegsdrohungen zu kämpfen!

2.5 Bespitzelung von LINKEN-Abgeordneten: Wes Geistes Kind?

Eine faschistische Mörderbande kann über zehn Jahre ungestört ihr Unwesen treiben, aber mindestens 27 Abgeordnete der Linksfraktion werden akribisch überwacht. Selten ist die politische Ausrichtung des Inlandsgeheimdienstes in der Öffentlichkeit so offensichtlich geworden wie in den letzten Wochen. Diese Behörde ist kein „Verfassungsschutz“, sondern ein anti-linkes Kampfinstrument, in der die Logik des Kalten

Krieges fortexistiert. Seine Arbeitsweise ist ein permanenter Verstoß gegen die Prinzipien des demokratischen Rechtsstaats und es gibt nur eine sinnvolle Konsequenz aus diesen Skandalen: Die Abschaffung des Inlandsgeheimdienstes.

Auf der [Seite der Linksfraktion](#) stehen zahlreiche Artikel und Erklärungen zum Thema zur Verfügung. In einem Gastbeitrag für das *Hamburger Abendblatt* bringt Klaus Ernst das Problem auf den Punkt: [„Der Verfassungsschutz wird seinem Namen nicht gerecht“](#). Die wichtigste Schlußfolgerung aus der aktuellen Angriffswelle gegen die LINKE zieht Ulrich Maurer im Interview: [„Wir lassen uns nicht einschüchtern“](#).

Die wichtigsten Beiträge der Aktuellen Stunde zur Bespitzelung der LINKEN hat Tom Strohschneider (in nicht ganz ernsthafter Absicht) zusammengestellt: [„Das hat einen Ulbricht-Bart“](#). Wer sich vom „Verfassungsschutz“ zu wenig beachtet fühlt, möchte ich den [Antrag auf Beobachtung](#) empfehlen, den *die tageszeitung* dankenswerter Weise zur Verfügung stellt: „Überwachung für alle!“

3. Sonstiges

3.1 Erfolgreicher Bürgerentscheid gegen Krankenhausprivatisierung in Dresden

Herzlichen Glückwunsch, liebe Dresdnerinnen und Dresdner!



Am Sonntag haben über 84 Prozent der Dresdnerinnen und Dresdner, die sich an dem Bürgerentscheid beteiligt haben, für die Weiterführung der städtischen Kliniken als Eigenbetrieb der Stadt gestimmt. Die Alternative war die Umwandlung der Kliniken in eine GmbH. Diese GmbH wäre zwar weiterhin kommunales Eigentum geblieben. Aber die Bürgerinnen und Bürger haben zu Recht mehrheitlich befürchtet, dass dies der erste Schritt hin zu einer Privatisierung der Krankenhäuser wäre. Zudem hätte eine GmbH mehr rechtliche Möglichkeiten, auf Kosten der Beschäftigten und damit im Ergebnis auf Kosten der Patientinnen und Patienten Geld zu sparen. [...]

DIE LINKE ist gegen Krankenhausprivatisierungen und setzt sich im Bundestag für die Verbesserung der Rahmenbedingungen der Krankenhäuser ein – im Sinne der Patientinnen und Patienten. In diesem Sinne gratulieren wir den Dresdnerinnen und Dresdnern. Dort, wo es geht, sollte diese Abstimmung unbedingt Nachahmer finden! [DEN GANZEN ARTIKEL LESEN](#)

3.2 PPP ade. 12 Jahre sind genug!

Die sogenannten Private-Public-Partnership-Projekte lassen sich besser so übersetzen: Public pays for private Profits! Ungefähr 180 solcher Geheimverträge zwischen Staat und Wirtschaft existieren bundesweit. Jetzt ist es Zeit, mit diesem Unsinn aus der neoliberalen Hochära aufzuhören. Deshalb diesen Aufruf unterzeichnen! [ZUM AUFRUF](#)



3.3 Massaker an kurdischen Zivilisten (Pressemitteilung vom 29.11.2011)

Internationale Staatengemeinschaft muss den Verletzungen der Menschenrechte und Kriegsverbrechen durch den türkischen Staat Einhalt gebieten.

Mit großer Bestürzung haben wir erfahren, dass die türkische Luftwaffe am 28. Dezember 2011 zwischen 21:37 Uhr und 22:24 Uhr in der Nähe des Dorfes Roboskî im Kreis Uludere (Provinz Sirnak) eine Gruppe von Dorfbewohnern bombardiert und rund 40 Menschen, darunter zahlreiche Kinder ermordet hat. Alleine 24 Mitglieder der Familie Encü kamen bei dem Angriff ums Leben.

Dieses Massaker an kurdischen Zivilisten fand einen Tag nach der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates statt und verdeutlicht, dass die Machthaber in der Türkei einen unheilvollen Weg zur Lösung der kurdischen Frage eingeschlagen haben. [WEITERLESEN](#)

4. Termine

4.1 BLOCK DRESDEN 2012 am 13. und 18. Februar



Auf nach Dresden! Blockieren bis der Naziaufmarsch Geschichte ist!

„In den vergangen zwei Jahren ist uns etwas gelungen, das viele für unmöglich gehalten hatten: Wir haben den Naziaufmarsch in Dresden erfolgreich blockiert. Tausende Nazis konnten ihr eigentliches Ziel, mit einer Großdemonstration ihre menschenverachtende Ideologie zur Schau zu stellen, nicht erreichen.

Mit dem Aufmarsch im Februar versuchten sie in den vergangenen Jahren, an das Gedenken an die Bombardierungen Dresdens im Februar 1945 und den damit einher gehenden Mythos der „unschuldigen Stadt Dresden“ anzuknüpfen. Auch durch Ignorieren und Wegschauen seitens der Stadtverwaltung und eine mangelnde Entschlossenheit großer Teile der Dresdner Zivilgesellschaft konnte dieser Termin zu Europas größtem Naziaufmarsch mit bis zu 7000 Teilnehmenden werden. Doch die Dynamik der Aufmärsche ist gebrochen. Zu verdanken ist dies insbesondere dem entschlossenen Handeln von zwölftausend (2010) und zwanzigtausend Menschen (2011), die mit Massenblockaden den Marsch der Nazis verhinderten.“ (Aus dem [Aufruf 2012 des Bündnisses Dresden Nazifrei](#))

- [Aktuelle Informationen zur Mobilisierung der Nazis und des Bündnisses Dresden Nazifrei](#)
- [Informationen für Busse von Mittelfranken nach Dresden am 13. und 18. Februar \(ver.di\)](#)

VIDEO I: [Bundestagsabgeordnete rufen zu Protesten gegen den Nazi-Aufmarsch in Dresden auf!](#)



VIDEO II: [Dresden Nazifrei – Mobi-Clip 2012](#)



4.2 Alles auf eine Karte: Sicherheit für Gesundheitsdaten?

Freitag | 10. Februar 2012 | 13:00 Uhr bis 16:00 Uhr

Reichstags-Gebäude, Fraktionssaal DIE LINKE, Platz der Republik 1, Berlin

Ende 2012 sollen mindestens 70 Prozent der gesetzlich Krankenversicherten mit der elektronischen Gesundheitskarte ausgestattet sein. Das haben CDU/CSU und FDP per Gesetzesänderung erzwungen. Für die Krankenkassen bedeutet dies riesige Ausgaben für eine Karte, die ein Foto enthält, sonst aber bislang ohne zusätzlichen Nutzen gegenüber der bisherigen Versichertenkarte bleibt. Darum drängen die Kassen nun auf eine schnelle Einführung zusätzlicher Funktionen, die z.T. noch nicht getestet sind oder für die die entsprechende Hard- und Software noch gar nicht zur Verfügung stehen.

DIE LINKE. im Bundestag möchte mit Befürworterinnen und Befürwortern sowie mit Skeptikerinnen und Skeptikern diskutieren, wie der Entwicklungsstand der elektronischen Gesundheitskarte derzeit ist, was das Jahr 2012 für die e-Card bringen soll, welche nächsten Schritte vorgesehen sind und auch Alternativen aufzeigen.

→ [Zum Programm und zur Anmeldung](#)

4.3 Politischer Aschermittwoch der LINKEN Bayern

Mittwoch | 22. Februar 2012 | Beginn 10 Uhr

Jacking bei Passau | Gasthaus Knott

Mit Gregor Gysi und Sarah Wagenknecht

→ [Weitere Informationen und Anmeldung](#)



4.4 Berlinfahrten der bayerischen Abgeordnetengemeinschaft

Die bayerische Abgeordnetengemeinschaft bietet in diesem Jahr vier thematische Bundestagsreisen von Bayern nach Berlin an. Weiter Informationen zu den Reisen und das Anmeldeformular gibt es auf der [Webseite von Nicole Gohlke](#). Die Termine und Themen im Einzelnen:

- 26. bis 29.03.: Das Bankensystem in der Krise: Besuch im Bundestag, Diskussion mit dem Finanzministerium, lobbykritische Stadtführung, ...
- 15. bis 18.04.: Frauenpolitische Besuchsfahrt (nur für Frauen): Besuch im Bundestag, Diskussion mit dem Auswärtigen Amt, Treffen mit Fraueninitiativen, frauenpolitische Stadtführung, ...
- 06. bis 09.06.: Studierendenfahrt: Besuch im Bundestag, Diskussion mit dem Bildungsministerium, Stadtführung "Studierende zwischen Reaktion und Rebellion", Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesprächsrunden zu Hochschulpolitik, ...
- 07. bis 10.11.: Linke Politik in München. Wahlkreisfahrt mit Aktiven, Interessierten und UnterstützerInnen

4.5 Harald auf Facebook

Aktuelle Termine und Informationen zu meinen Aktivitäten poste ich auch regelmäßig bei Facebook. Schaut einfach mal vorbei. [ZUM FACEBOOK-PROFIL](#)

5. Kontakt zu Haralds Büros

Wahlkreisbüro Nürnberg

Allersberger Str. 86
90461 Nürnberg

Telefon: (0911) 4505627

Telefax: (0911) 4505627

E-Mail: HARALD.WEINBERG@WK.BUNDESTAG.DE

Bürgerbüro Penzberg

Christianstr. 6
82377 Penzberg

Telefon: (08856) 8048 722

Telefax: (08856) 8048 723

E-Mail: HARALD.WEINBERG@WK2.BUNDESTAG.DE

Impressum

Dies ist der Newsletter von MdB Harald Weinberg, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel: 030/22772394, siehe: <http://www.harald-weinberg.de/impressum.php>